

## **Schlusswort der Tagung**

Renke Brahms, Friedensbeauftragter des Rates der EKD, Theologischer Direktor der Evangelischen Wittenbergstiftung, Wittenberg

Schlusswort bei dem Abendforum „Nukleare Abschreckung. Eine "heute noch mögliche" ethische Option?“

19. September 2019

Französische Friedrichstadtkirche

---

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke für die Gelegenheit, zum Abschluss dieser Veranstaltung zu Ihnen sprechen zu können. Lassen Sie mich zunächst die „wahre“ Geschichte zur Entstehung des FEST-Projektes „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ erzählen. Es war nämlich auf dem Rückflug des damaligen Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider, des damaligen Bischofs für die Evangelische Seelsorge in der Bundeswehr Martin Dutzmann und meiner Person im Jahr 2011 von Afghanistan. Wir hatten Soldatinnen und Soldaten und zivile Mitarbeitende staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen getroffen und einen intensiven Austausch mit ihnen. Konfrontiert mit den Schilderungen und Erfahrungen dieser Menschen und unter dem Eindruck dieser Tage haben wir auf dem Rückflug überlegt, wie damit auf dem Hintergrund der Denkschrift des Rates der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ aus dem Jahr 2007 friedensethisch umzugehen ist. Daraus sind mehrere Vorhaben entstanden. Die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD wurde mit einer friedensethischen Einschätzung des Afghanistaneinsatzes der Bundeswehr und der Gesamtsituation in Afghanistan beauftragt. Aus den Mitteln des Haushalts der Evangelischen Seelsorge in der Bundeswehr wurden in den darauffolgenden Jahren sowohl das FEST-Projekt „Orientierungswissen zum gerechten Frieden“ als auch das Projekt „...dem Frieden in der Welt zu dienen“ der Evangelischen Akademien gefördert. Und auch die internationale, ökumenische Konsultation „How to become a Just Peace Church - Gesellschaftlicher Wandel und Erneuerung der Kirche aus dem Geist des Gerechten Friedens“ im Jahr 2016 war eine Folge der sich stellenden friedensethischen Fragen. Viele Landeskirchen haben sich in den vergangenen Jahren mit dem Friedensthema auseinandergesetzt und im Herbst dieses Jahres wird es das Schwerpunktthema der Synode der EKD in Dresden sein.

Lassen Sie mich am Ende dieser Veranstaltung drei Punkte ansprechen:

### **Beteiligungsprozesse**

Denkschriften des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) entstehen in der Regel in einem weitgehend geschlossenen Rahmen in einer Kammer der EKD. So ist es auch bei der Denkschrift aus dem Jahr 2007 gewesen. Seit 2007 hat sich aber in der sicherheitspolitischen Lage viel verändert. Die Krise des Multilateralismus, der Terrorismus, hybride Kriege, Klimawandel, Cyber und neue Waffentechnologien sind dabei nur einige wenige Stichworte, die neue Herausforderungen beschreiben. Auch wenn sich im Laufe des FEST-Projektes durchaus herausgestellt hat, dass das Leitbild des gerechten Friedens nach wie vor tragfähig ist, wird auch deutlich, dass die neuen Herausforderungen auch neue friedensethische Überlegungen bedürfen. Die Denkschrift von 2007 gilt als der „magnus consensus“ der EKD und die Frage ist heute: wäre ein solcher consensus auch heute angesichts der neuen Fragen noch erreichbar? Ist es also sinnvoll, eine neue Denkschrift in Auftrag zu geben?

Es war sicher sehr gut und sinnvoll, vor die Beantwortung dieser Frage einen breit angelegten Konsultationsprozess zu stellen. Er hat mit breiter, interdisziplinärer Beteiligung stattgefunden. Die

Ergebnisse der Konsultationen werden in einer beeindruckenden Reihe von Schriften veröffentlicht und zeigen die Tiefe der Diskussionen. Der Prozess ist befruchtend für weitere Schritte, die vielleicht auch zu einer neuen Denkschrift führen – oder zumindest sie ergänzen.

Einen Beteiligungsprozess hat auch die Synode der EKD gestaltet. Mit der Einbeziehung vieler Gruppen beim Benennen wichtiger Themen, einer großen, breit aufgestellten Vorbereitungsgruppe und einer Konsultation im Herbst 2018 in Wittenberg wurde ein Kundgebungsentwurf formuliert, den die Synode im November in Dresden diskutieren wird.

Solche Beteiligungsprozesse sind dem Thema „Frieden“, seiner Komplexität und den vielen in diesem Feld engagierten Menschen angemessen. Die Kirche bietet dabei einem solchen Prozess einen offenen Raum und nimmt auch stellvertretend für die gesamte Gesellschaft eine solche öffentlich sichtbare Funktion wahr. Insgesamt ist es auch ein Beitrag zu einer lebendigen Demokratie, die wir in diesen Tagen deutlich stützen müssen und wollen.

### Ökumenische Dimension

Die heutige Veranstaltung hat einmal wieder gezeigt, wie sehr wir in sicherheits- und friedenspolitischen Fragen in internationale Systeme und Herausforderungen eingebunden sind. Das geht uns als Kirchen auch so. Den Ökumenischen Rat der Kirchen hat das Friedensthema von Anfang an umgetrieben, schließlich ist er auch aus den Erfahrungen der beiden Weltkriege entstanden und hat deshalb 1948 festgehalten, dass „Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll“. Die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen wie die Atombomben war dabei ein zentrales Thema. Nicht ganz zufällig hat die „Internationale Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen“ (ICAN) ihren Sitz beim ÖRK in Genf.

In der „Dekade zur Überwindung der Gewalt“, bei der Friedenskonvokation 2011 in Kingston/Jamaika oder der Vollversammlung des ÖRK 2013 in Busan/Südkorea haben sich die Mitgliedskirchen mit diesen Themen beschäftigt und 2013 zu einem „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“ aufgerufen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass in den Kirchen der weltweiten Ökumene unterschiedliche Sichtweisen vorhanden sind, wie denn in ihrem jeweiligen Kontext der gerechte Frieden zu verstehen ist. Wir haben also in unseren eigenen Kirchen international und ökumenisch eine Herausforderung.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang ein internationaler, ökumenischer Konsultationsprozess zum gerechten Frieden. Es wäre nicht einfach, aber vielleicht notwendig. Vielleicht könnten wir europäisch beginnen. Darüber hinaus gilt es, die anderen Religionen mit einzubeziehen und auf die friedensfördernden Dimensionen der Religionen zu schauen – so wie das durch Abteilungen oder Stäbe im Außenministerium und im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geschieht.

### Nukleare Abschreckung

Zum zentralen Thema des Abends will ich besonders auf die Formulierung „noch“ eingehen. Die Heidelberger Thesen von 1959 haben formuliert: „Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“ Aus diesem „noch“ ist in der Denkschrift von 2007 ein „nicht mehr“ geworden: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ (Ziffer 162) Über die politischen Konsequenzen aber gab es unterschiedliche Meinungen, die ihren Niederschlag auch in der Denkschrift fanden. Alle Formulierungen, um die lange gerungen wurde, machten deutlich, dass sie verbunden waren mit der klaren Erwartung der Abrüstung und

dem verhindern weiterer Proliferation. Die Aufkündigung des INF-Vertrages, die mangelnde Umsetzung weiterer Abrüstung und die Modernisierung der Atomwaffen gehen nun leider in eine andere Richtung, so dass die Frage ist, ob nun nicht auch eine neue friedensethische Sichtweise entstanden ist, die aus dem „nicht mehr“ nun auch in Richtung Ächtung und Verbot von Atomwaffen zielen muss.

Die Entwicklungen haben auch zu einer Ungeduld vieler Völker geführt, so dass die UN-Vollversammlung mit den Stimmen von 122 Mitgliedsländern einen Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet hat, den die ersten Staaten auch ratifiziert haben. Es ist davon auszugehen, dass es genug Staaten geben wird, die diesen Vertrag zum für sie gültigen und bindenden Völkerrecht machen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundesrepublik Deutschland auf lange Sicht einem solchen Vertrag die Zustimmung verweigert und sich damit außerhalb einer deutlichen Mehrheit der Völkerwelt stellt. Die Dilemmata der deutschen Politik als NATO-Partner sind in diesem Zusammenhang durchaus anzuerkennen. Allerdings ist es die Erwartung, dass die deutsche Politik im Bündnis darauf hinwirkt, dass eine Ächtung der Atomwaffen und ihr Verbot – und damit eine Welt ohne Atomwaffen – erreicht werden kann.